

Thema: Universität Salzburg

Autor: Karin Zauner, Richard Wiens



Brüssel hört immer öfter auf Umwelt- und Sozialinitiativen

Interessenvertreter der Wirtschaft sind beim Beeinflussen der EU-Gesetzgebung keineswegs so erfolgreich wie gemeinhin angenommen. Ihre Gegner setzen erfolgreich auf Emotionen.

SALZBURG. In der EU dominieren allein die Wirtschaftsinteressen, die EU-Institutionen betätigen sich als Handlanger der Lobbyisten aus Industrie und Wirtschaft. Diesem gängigen Vorurteil setzt nun die Studie einer internationalen Forschergruppe eine andere Sicht gegenüber.

In der Einflussnahme auf konkrete Gesetzesvorhaben in der EU seien die Interessengruppen aus der Wirtschaft vielfach weniger erfolgreich als zivilgesellschaftliche Gruppen, die sich etwa für Umwelt- oder Konsumentenschutz einsetzen. Zu diesem Schluss kommen Forscher aus mehreren Ländern in der Studie „Der Einfluss von Interessengruppen in der EU“. Das habe auch damit zu tun, dass sich die EU-Kommission vermehrt auf die Seite der Konsumenten stelle, sagt Andreas Dür, Professor für Internationale Politik an der Uni Salzburg. Als Beispiele nennt er Roaminggebühren, den Datenschutz, aber auch Finanzdienstleistungen. Für die Kommission habe das den Vorteil, dass sie sich als konsumenten- und umweltfreundlich positionieren und gleichzeitig ihre Macht bei der Regulierung ausweiten könne, sagt Dür. Dass Non-Profit-Organisationen mit ihren Anliegen erfolgreich sind, erklären die Forscher auch damit, dass sie stärker über Emotionen mobilisieren. Fakt ist jedoch, dass der Unternehmenssektor und Berater bei den Lobbyisten in Brüssel und Straßburg klar in der Überzahl sind. **Seite 11**

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag

Thema: Universität Salzburg

Autor: Karin Zauner, Richard Wiens

Wirtschaft verliert an Einfluss

In der EU laufen die Umwelt- und Konsumentenschützer den Wirtschaftslobbyisten den Rang ab. Eine überraschende Erkenntnis.

KARIN ZAUNER
RICHARD WIENS

SALZBURG. Der Einfluss der Lobbyisten in der EU, die ausschließlich im Interesse der Wirtschaft arbeiten, ist enorm hoch. So lautet das gängige Meinungsbild. Und Fälle wie der des früheren Präsidenten der EU-Kommission, José Manuel Barroso, der vom EU-Spitzenjob flugs zur einflussreichen Bank Goldman Sachs wechselte, nähren diese Sichtweise.

Nun kommt eine über fünf Jahre angelegte Studie, an der auch der Salzburger Professor für Internationale Politik, Andreas Dür, beteiligt war, aber zu einem überraschenden Ergebnis. Demnach laufen Umwelt- und Konsumentenschutz in der EU den Wirtschaftsinteressen den Rang ab. „Ja, wir waren auch überrascht, aber nach einer kurzen Nachdenkpause sind die Ergebnisse doch recht plausibel“, sagt Dür.

Die Forscher aus Schweden, Deutschland, Belgien, den Niederlanden, Slowenien, Großbritannien, den USA und Österreich haben seit 2001 Daten zu 70 Gesetzgebungsverfahren der EU-Kommission untersucht und zugleich 1000 Interessengruppen identifiziert, die dabei eine Rolle gespielt haben. „Wenn wir dann die Gesetzgebung als Maß für den Einfluss hernehmen, dann zeigt sich, dass im

Durchschnitt die zivilgesellschaftlichen Gruppen gegenüber den Wirtschaftsgruppen gewinnen“, erklärt Dür die Ergebnisse.

Bisher hatte es zu dem Thema nur Fallstudien gegeben. Mit dem vom Wissenschaftsfonds FWF geförderten Projekt „Der Einfluss von Interessengruppen in der EU“ liegt erstmals eine umfassende Erhebung vor. „Und die Ergebnisse sind eindeutig“, erklärt der Salzburger Professor Dür vom Fachbereich Politikwissenschaft und Soziologie.

Untersucht wurden zum Beispiel die Gesetzgebungen zu Busfahrergastrechten, Finanzdienstleistungen oder zum Datenschutz. „Schauen Sie sich das Thema Abschaffung der Roaminggebühren an. Trotz massiven Widerstands der Telekom-Industrie und ihrer Lobbyisten wurde der Prozess zwar verzögert, aber nicht gestoppt“, sagt Dür. Auch bei der Regulierung des Einsatzes von Chemikalien habe die Industrie Federn lassen müssen. Jede eingesetzte Chemikalie müsse genau getestet werden, das bedeute Mehrkosten für die Wirtschaft.

Die Erklärung dafür, dass es in den vergangenen Jahren zu einer Verschiebung bei der erfolgreichen Einflussnahme gekommen ist, liegt

für Dür und seine Kollegen darin, dass es bis in die 1990er-Jahre in der EU vorrangig um die Errichtung eines Binnenmarktes gegangen sei. Als dieses Ziel erreicht war, habe sich die EU neue Aufgaben gesucht: Regulieren und Gesetze machen. Dabei sieht Dür aber weniger den Willen, möglichst bürgernahe Gesetze zu machen, als das Bestreben, Gesetze überhaupt durchzubringen. Sorgen um die wirtschaftlichen Interessen auf EU-Ebene muss man sich dennoch nicht machen. Denn deren Vertreter seien in Brüssel immer noch viel präsenter als alle zivilgesellschaftlichen Lobbyisten, sagt Dür. Sie seien aber nicht mehr unbedingt erfolgreicher.

Laut integritywatch.eu, einer Internetplattform, auf der man die in der EU registrierten Lobbyisten und ihre Ausgaben einsehen kann, machen der Unternehmenssektor und Berater rund 60 Prozent der beim EU-Parlament registrierten Lobbyingorganisationen aus. Auf Non-Profit-Organisationen entfällt rund ein Viertel, der Rest sind Denkfabriken und regionale Vertreter.

Die Anti-Korruptions-Organisation Transparency International hat in einer Untersuchung herausgefunden, dass 30 Prozent der EU-Parlamentsmitglieder, die die Poli-

Thema: Universität Salzburg

Autor: Karin Zauner, Richard Wiens

tik in den vergangenen Jahren für eine andere Beschäftigung verlassen haben, jetzt für eine im Lobby-Register der EU verzeichnete Organisation arbeiten. Also vertritt jeder dritte der 171 früheren Parlamentarier, die nicht in Rente gegangen und aus der Politik ausgestiegen sind, Spezialinteressen. Bei den früheren EU-Kommissaren beträgt laut TI diese Quote sogar 50 Prozent. Die Anti-Korruptions-Organisation hat für diese Ergebnisse nach der Europawahl 2014 die Karrieren jener 27 Mitglieder der EU-Kommission und 485 Parlamentarier, die ersetzt worden sind, verfolgt.

Dür und seine Kollegen machen sich unterdessen ganz andere Sorgen. „Es wäre wichtig, Transparenz auf allen Ebenen, nicht nur aufseiten der Wirtschaftslobbyisten, hineinzubringen“, sagt Dür. Denn oft wisse man nicht, welche reichen Personen zum Beispiel hinter Stiftungen steckten, die zivilgesellschaftliche Interessen verfolgen. Es sollten daher im freiwilligen Transparenzregister der EU nicht nur jene, die wirtschaftliche Interessen verfolgten, ihre finanziellen Ausgaben auflisten, sondern alle. Er fordert ein Register wie in den USA, wo jede Lobbyingtätigkeit verpflichtend aufgenommen werden muss.

In der nächsten Stufe wollen die internationalen Forscher nun untersuchen, inwieweit Kampagnen der zivilgesellschaftlichen Interessengruppen die öffentliche Meinung beeinflussen. Als Beispiel wird das heftig diskutierte und auf Eis gelegte Freihandelsabkommen TTIP zwischen Europa und den USA genannt. „Möglicherweise gab es hier Manipulation, und dann geht es um das Thema Demokratie“, sagt Dür. Denn eine Bevölkerung, die Handelsabkommen anfänglich positiv gegenüberstand, die aber über TTIP weitgehend uninformiert war, habe nach einer Kampagne umgeschwenkt und vernichtende Ergebnisse für TTIP gebracht.

Zudem wollen sich die Forscher auch anschauen, welche Bevölkerungsgruppen verschiedene Interessengruppen eigentlich vertreten. „Eine Umweltschutzgruppe kann sagen, sie handle im öffentlichen

Interesse, das kann aber auch Kosten für Arme verursachen, die sie nicht repräsentiert“, erklärt Dür.



BILD: SN/PRIVAT

„Wer handelt
in wessen
Interesse?“

Andreas Dür,
Professor

Thema: Universität Salzburg

Autor: Karin Zauner, Richard Wiens



In Brüssel geht es um Einfluss und um Geld.

BILD: SN/GRECAUD PAUL - FOTOLIA